

SHORT NEWS

Nachhaltige Wochen

(rg) Während das Chamber-Plenum erst wieder am 15. November zusammentritt, um seiner gesetzgeberischen Arbeit nachzukommen, kündigen sich einige heftige „außerparlamentarische“ Wochen an. Für Montag hat das Ministerium für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen (MDDI) zu einer ersten Sitzung des „Zukunftsdösch“ ins große Auditorium in Esch-Belval geladen. Unter dem Motto „Landesplanung für eng nachhaltige Zukunft“ werden im Beisein des Nachhaltigkeitsministers von 16h bis 19h30 ExpertInnen mit den „forces vives de la nation“ debattieren. Weil die Zahl der Sitze begrenzt ist, wird die Veranstaltung per Livestream (www.mddi.lu) in Internet übertragen. Die zweite und letzte Runde des Zukunftstisches findet dann auch schon am darauffolgenden Donnerstag statt (Beginn 19h): Mehrere Minister der blau-rot-grünen Regierung und Abgeordnete der Oppositionsparteien werden um die Perspektiven der luxemburgischen Landesplanung streiten. Treffpunkt ist das Europazentrum, auch hier soll eine Liveübertragung eingerichtet werden. Zwischendurch, am Dienstag, laden Mouvement écologique, ASTM und Caritas sowie einigen anderen Organisationen zu einer Podiumsdiskussion in die Coque ein (20h). Reinhard Loske und Harald Welzer führen dort die „zentrale Debatte zur Wachstumsfrage“ - zeitig genug, um den Zukunftstisch auf nachhaltiges Wachstum einzuschwören und auch um Einfluss auf das „nächste Wirtschaftsmodell für Lëtzebuerg“ zu nehmen, das am 14. November auf einem ganztägigen Seminar mit Jeremy Rifkin auf der Luxexpo diskutiert werden soll.

Apess : le feuilleton continue

(da) - Le feuilleton autour de l'élection d'un nouveau bureau exécutif pour le syndicat de profs Apess (woxx 1381, woxx 1393) continue. Alors qu'un vote électronique avait enfin eu lieu entre le 25 et le 29 octobre, après des semaines de bataille juridique et médiatique entre le bureau exécutif actuel et un groupe de frondeurs proche de la Délégation nationale des enseignants, ces derniers ont obtenu un jugement en référé interdisant le comptage des voix recueillies par ce biais. La raison : les membres du syndicat n'auraient pas été convoqués par voie de lettre recommandée. L'idée d'une élection électronique avait été le résultat d'une procédure de médiation entre six membres frondeurs et le bureau exécutif présidé par Daniel Reding. Pour l'équipe de ce dernier, le jugement en référé mettrait en cause tout le fonctionnement du syndicat, comme celui de nombreuses autres associations luxembourgeoises. « Il va sans dire que, suite à ce recours en référé et à la politique d'obstruction de la liste concurrente, la situation de l'Apess devient de plus en plus pénible », se plaint l'organisation dans un communiqué. Lors d'une conférence de presse en juillet, des membres de cette « liste concurrente » avaient reproché au bureau exécutif un « déni de démocratie ».

Olai : des changements en vue

(da) - L'interview du woxx avec le directeur de l'Olai Yves Piron a été lue - c'est le moins que l'on puisse dire. Non seulement divers médias en ont repris des extraits, mais le CSV s'est aussi basé dessus pour demander des explications à la ministre de la Famille Corinne Cahen. La députée Martine Mergen voulait savoir si le ratio d'encadrement était en effet d'un agent de l'Olai pour 160 demandeurs d'asile, alors que, dans l'idéal, il serait d'un pour 30, et si Cahen comptait renforcer les « capacités des ressources humaines de l'Olai afin d'optimiser la prise en charge ». Oui, répond la ministre, les informations telles que rapportées dans l'interview du woxx sont vraies. Par ailleurs, « un nouveau renforcement des effectifs » serait nécessaire et la demande afférente en cours. Mergen voulait savoir en outre si les recommandations faites à l'issue d'un audit au sein de l'Olai en 2014 (woxx 1276) avaient eu des conséquences concrètes. Là aussi, la ministre affirme que oui, des changements auraient eu lieu par la suite, notamment au niveau de l'organigramme et de la communication interne et externe. Un système d'appréciation des « performances professionnelles des collaborateurs » serait d'ailleurs en train d'être mis en place.

AKTUELL

PAN-GESETZ

Linkes Misstrauen

Richard Graf

Flexiblere Arbeitszeiten - dafür mehr Urlaub. Déi Lénk zeigen sich von der Reform der Pan-Regelungen trotzdem enttäuscht.

Am 14. November ist es soweit, dann soll im Rahmen des „Luxembourg Sustainability Forum“ und unter Federführung von Jeremy Rifkin die Strategie zur 3. Industriellen Revolution in Luxemburg vorgestellt werden. Industrielle Revolution heißt für die einen Abbau von Arbeitsplätzen, für die anderen sprunghafte Steigerung der Produktivität und damit genug Spielraum für eine alle betreffende Verkürzung der Arbeitszeit - bis hin zum gänzlichen Ende der Arbeit, das Rifkin herbeisehnt.

Ein Blick ins Geschichtsbuch wirkt aber ernüchternd: Die letzte per Gesetz geregelte Reduzierung der Arbeitszeit datiert vom Herbst 1970. Damals war der Berichtersteller Jean Spautz (CSV) überzeugt, dass die einzuführende 40-Stunden-Woche mit 5 Arbeitstagen à 8 Regelarbeitsstunden nur wenige Jahre Bestand haben würde. Namhafte Wissenschaftler sähen voraus, dass schon 1985 die Menschen nur mehr 30 Stunden in der Woche zu arbeiten brauchten, und das auch nur 40 Wochen im Jahr und nur während 35 Jahren ihres Lebens.

Doch die Geschichte verlief etwas anders: 1985 war Spautz Minister mit einem 16-Studentag, und alle weiteren Diskussionen zur Arbeitszeitverkürzung fielen der neoliberalen Welle zum Opfer, die aus angelsächsischen Ländern nach Europa herüberschwappte.

Erst 1999 kam es zu strukturellen Veränderungen im Rahmen des sogenannten Pan-Gesetzes. Nicht um die Arbeitszeit zu reduzieren, sondern um sie zu flexibilisieren und damit den Arbeitgebern einen Anreiz zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben. Hieraus erklärt sich auch der Name: Plan d'action national (contre le chômage).

Damals wurde eine allgemeine Referenzperiode von einem Monat beschlossen. Innerhalb eines Monats konnte sich die Arbeitszeit an einzelnen Tagen bis auf 10 Stunden und in einer Woche bis auf 48 Stunden belaufen - solange im Monats-Schnitt die 40-Stundenwoche und der 8-Studentag eingehalten wurden.

Laut EU-Recht darf die Referenzperiode bis zu vier Monate ausgedehnt werden. Noch-Arbeitsminister Nicolas

Schmit hat vor dem letzten Sommer ein entsprechendes Gesetzesvorhaben deponiert. Bei den Arbeitgebern holte er sich dafür allerdings Rüffel, weil er die größere Flexibilisierung mit einer Verlängerung des Jahresurlaubs verband. Ein Betrieb, der seine Referenzperiode auf vier Monate ausdehnen will, muss zum Ausgleich dreieinhalb zusätzliche Urlaubstage zugestehen. Zudem werden Stunden, die über den Arbeitsplan hinaus geleistet werden müssen, ab der 3. Stunde mit einem Zusatzurlaub von 1,2 Stunden kompensiert.

Unkontrollierbar

Doch auch die Gewerkschaften müssen sich die neuen Regelungen etwas genauer ansehen, denn sie sind nur auf den ersten Blick arbeitnehmerfreundlich. Das zumindest meinen Serge Urbany, arbeitspolitischer Sprecher von „Déi Lénk“, und Marc Baum, Mitglied des zuständigen Ausschusses im Parlament, die beide auch die Chambre des salariés hinter sich wissen.

Zum einen, so ihre Bedenken, schwäche die Generalisierung auf vier Monate die Position der Gewerkschaften, die bislang verlängerte Referenzperioden nur im Rahmen von Kollektivverträgen und wenn es genügend Kompensationen gab zuzulassen brauchten. Jetzt ist deren Zustimmung nur mehr erforderlich, wenn die Referenzperiode noch zusätzlich ausgedehnt werden soll. Damit sind andere Vergünstigungen im Rahmen der Arbeitszeitregelung kaum mehr verhandelbar.

Für Betriebe ohne Kollektivvertrag - für die diese neuen Pan-Regelungen eigentlich hauptsächlich gedacht waren - besteht sogar die Befürchtung, dass die im neuen Gesetz vorgesehenen Gegenleistungen gar nicht zum Tragen kommen. Um feststellen zu können, welche Regelarbeitszeiten für einzelne Angestellte gelten und ob diese über Soll beansprucht werden, braucht es einen sogenannten Pot-plan d'organisation du travail. Der ist im Gesetz vorgeschrieben, sein Fehlen wird aber nicht sanktioniert.

Die alten Regelungen laufen zum 31.12. aus, weshalb ein gewisser Handlungsdruck besteht. Déi Lénk wollen jetzt erst einmal das Gutachten des Staatsrates abwarten, um dann mit konkreten Änderungsanträgen das Schlimmste zu verhindern.